

|  |                   |                        |
|--|-------------------|------------------------|
| <b>BESCHLUSSVORLAGE</b><br><br><b>V0361/14</b><br>öffentlich | Referat           | Referat OB             |
|  | Amt               | Hauptamt               |
|  | Kostenstelle (UA) | 0000                   |
|  | Amtsleiter/in     | Herr Hans Meier        |
|  | Telefon           | 3 05-10 10             |
|  | Telefax           | 3 05-10 09             |
|  | E-Mail            | hauptamt@ingolstadt.de |
| Datum  | 30.09.2014        |                        |

| <b>Gremium</b>                | <b>Sitzung am</b> | <b>Beschlussqualität</b> | <b>Abstimmungs-<br/>ergebnis</b> |
|-------------------------------|-------------------|--------------------------|----------------------------------|
| Finanz- und Personalausschuss | 10.10.2014        | Vorberatung              |                                  |
| Stadtrat                      | 22.10.2014        | Entscheidung             |                                  |

### **Beratungsgegenstand**

Antrag zum Stellenplan 2015;  
Genehmigung von Planstellen für das Hauptamt  
(Referent: Oberbürgermeister Dr. Lösel)

### **Antrag:**

Für das Sachgebiet "Kommunal- und Europarecht" werden eine Vollzeitplanstelle in BesGr. A10/A11 bzw. EG 10 TVöD sowie eine Teilzeitplanstelle in BesGr. A7/A8 bzw. EG 8 TVöD genehmigt.

gez.

Dr. Christian Lösel  
Oberbürgermeister

## Finanzielle Auswirkungen:

Entstehen Kosten:

ja

nein

wenn ja,

|   |   |                 |
|---|---|-----------------|
| Einmalige Ausgaben  | Mittelverfügbarkeit im laufenden Haushalt   |                 |
| Jährliche Folgekosten<br>91.425 Euro  | <input type="checkbox"/> im VWH bei HSt: 020000.4<br><input type="checkbox"/> im VMH bei HSt: | Euro:<br>91.425 |
| Objektbezogene Einnahmen<br>(Art und Höhe)  | <input type="checkbox"/> Deckungsvorschlag<br>von HSt:<br>von HSt:                            | Euro:           |
| Zu erwartende Erträge<br>(Art und Höhe)   | von HSt:  |                 |
|   | <input type="checkbox"/> Anmeldung zum Haushalt 2015  | Euro:<br>91.425 |
| <input type="checkbox"/> Die Aufhebung der Haushaltssperre/n in Höhe von _____ Euro für die Haushaltsstelle/n (mit Bezeichnung) ist erforderlich, da die Mittel ansonsten nicht ausreichen. |   |                 |
| <input type="checkbox"/> Die zur Deckung herangezogenen Haushaltsmittel der Haushaltsstelle (mit Bezeichnung) in Höhe von _____ Euro müssen zum Haushalt 20 _____ wieder angemeldet werden. |   |                 |
| <input type="checkbox"/> Die zur Deckung angegebenen Mittel werden für ihren Zweck nicht mehr benötigt.   |   |                 |

## Kurzvortrag:

Oberbürgermeister Dr. Christian Lösel hat bereits in seiner Antrittsrede am 2. Mai 2014 die Zentralisierung und Stärkung der Bürgerbeteiligung als einen seiner Arbeitsschwerpunkte genannt und die Bildung einer zentralen Organisationseinheit angekündigt, bei der alle freiwilligen und gesetzlichen Bürgerbeteiligungen gebündelt werden sollen.

Folgende Themen sollen verstärkt bearbeitet werden:

- Bezirksausschüsse
- Bürger- und Anliegersammlungen
- Bürgerhaushalt
- Bürgerbeteiligungen in förmlichen Planungsverfahren und beim öffentlichen Bauen

a) Hierzu ist ab dem Jahr 2015 geplant, dass die Zahl der jährlichen Bürgerversammlungen erhöht wird. So soll alleine im Stadtbezirk Mitte jährlich mindestens eine Bürgerversammlung stattfinden. Dazu ist es erforderlich, eine zentrale Kontakt- und Koordinierungsstelle einzurichten, die als Ansprechpartner für die Anliegen der Bürger, der Bezirksausschüsse und der Verwaltung zur Verfügung steht. Diese Koordinierungsstelle wird

Konzepte für neue Beteiligungsleitlinien erstellen, so wie dies mit Antrag vom 01.07.14 von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gefordert wurde.

Zudem wurden in den letzten Jahren die Angebote, sich an das Ideen- und Beschwerdemanagement der Stadt zu wenden, stetig ausgebaut. Derzeit sind Meldungen sowohl per Telefon, per E-Mail, per Mängelmelder im Internet und über die neue IN-App möglich. In der Folge stieg die Zahl der Anregungen und Beschwerden kontinuierlich an. Waren es zuvor durchschnittlich 215 Meldungen pro Monat, so sind sie mittlerweile auf über 300 Meldungen pro Monat angestiegen. Im Juli 2014 waren es zuletzt 360. Hinzu kommen noch bis zu 300 Anrufe pro Monat, die unbürokratisch einer Lösung zugeführt werden. Die kontinuierlich gestiegene Zahl der Meldungen ist durch die bisher einzige Vollzeitstelle nicht mehr zu bewältigen.

Es wird deshalb die Schaffung einer eine Vollzeitplanstelle in BesGr. A10/A11 bzw. EG 10 TVöD beantragt.

b) Die kommunale Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger spiegelt sich auch zunehmend im Bürgerhaushalt wieder. Mittlerweile sind es ca. 120 Anfragen pro Jahr, die eine systemische Erfassung und Einholung von Stellungnahmen in der Verwaltung erfordern. Die steigende Anzahl der danach zu verbuchenden Rechnungen und die Erstellung der Budgetberichte erfordern einen immer größer werdenden Zeitraum.

Zeitgleich erfordert eine qualitativ hochwertige Behandlung der Anliegen der Bezirksausschüsse und die Vorbereitung der Bürgerversammlungen eine Unterstützung des bisherigen Sachbearbeiters in diesem Bereich.

Es wird deshalb die Schaffung einer eine Teilzeitplanstelle in BesGr. A7/A8 bzw. EG 8 TVöD beantragt.

Die Vorlage ist mit der Steuerungsunterstützung abgestimmt.